

ES DROHEN WEITERE FÜNF VERLORENE JAHRE

Österreich ist wegen der hohen Inflation in Europa Schlusslicht bei den realen Renditen des privaten Geldvermögens. Die angedachten Reformen für Vorsorge und Kapitalmarkt der Regierung blieben folgenlos. Die kommende Nationalratswahl gibt wenig Grund zu Optimismus.

Fünf lange Jahre hatte die schwarz-grüne Koalition Zeit, um das Wahlprogramm in den Punkten Kapitalmarkt und Altersvorsorge abzuarbeiten. Geschehen ist trotz ambitionierter Vorgaben praktisch nichts. Es gab weder die versprochene KEST-Befreiung für ethisch-ökologische Investments noch irgendwelche in Aussicht gestellten Förderungen für die zweite und dritte Säule des Pensionssystems. Lediglich der Finanzbedarf für die Stützung der staatlichen Pensionen uferte weiter aus: 2023 musste der Bund bereits 37 Prozent seiner Steuereinnahmen für die Pensionisten verwenden. Und weil in den kommenden Jahren die Babyboomer in den Ruhestand treten, steigt der Finanzbedarf weiter sprunghaft. FPÖ und SPÖ lässt das übrigens kalt: Beide fordern weitere teure Pensionszuckerln.

Auf der Gegenseite brachten die vergangenen fünf Jahre einen rekordverdächtigen Schwund der Kaufkraft des privaten Vermögens des österreichischen Wahlvolkes. Während sich die Zinsen vor allem für täglich fälliges Geld nahe null bewegten, zehrte die in Österreich besonders hohe Inflation kräftig am Kapitalstock. Ernüchternd ist auch die Zehnjahresbilanz: Laut einer Studie von Raiffeisen Research war Österreich beim Punkt Realverzinsung des gesamten privaten Geldvermögens zwischen 2013 und 2022 Schlusslicht unter elf untersuchten EU-Staaten: Pro Jahr ging den österreichischen Sparern und Anlegern mehr

„Die Reaktion der Politik:
Achselzucken.“

MARTIN KWAUKA

als ein halbes Prozent Kaufkraft verloren. Österreich war damit der Hauptverlierer der Nullzinspolitik der EZB. Staaten wie Finnland, Irland und sogar Griechenland erreichten im gleichen Zeitraum mehr als drei Prozent plus per annum.

Die Reaktion der Politik: Achselzucken. Auch die Wahlprogramme geben wenig Hoffnung auf Besserung. So gab ÖVP-Finanzsprecher Karlheinz Kopf in einer Umfrage von Fonds Professionell zum Besten: „Die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge hat sich bereits als effektiv erwiesen.“ Was kümmert den ÖVP-Finanzkapazunder schon die Realität, dass die Zukunftsvorsorge seit der Finanzkrise 2007/2008 an die Wand gefahren ist und dringend reformiert werden müsste. Übrigens: Seitdem sind 16 Jahre vergangen, in denen lückenlos ÖVP-Finanzminister verantwortlich für dieses Desaster eines Produkts mit anfangs über einer Million Kunden waren. Zum Wunschdenken neigt dagegen in der Umfrage SPÖ-Finanzsprecher Kai Jan Krainer: Er schlägt bei der Zukunftsvorsorge eine Mindestrendite in Höhe der Inflation vor – natürlich ohne Angabe, wer das zahlen soll. Zur generellen Stärkung des



VITA MARTIN KWAUKA
Finanzjournalist

Der leidenschaftliche Weinbauer (66) ist seit 29 Jahren Finanz- und Wirtschaftsjournalist. Zu den wichtigsten Stationen des gebürtigen Deutschen zählen die langjährige Chefredaktion des Magazins „Format“ und das seit 2015 von ihm organisierte Finanzjournalistenforum. Sein Steckenpferd ist die Altersvorsorge. Sich selbst beschreibt der studierte Agrarökonom als chronisch neugierig.

Kapitalmarkts fällt übrigens beiden wenig Konkretes ein, was in ihren nationalen Handlungsbereich fiel: Kopf sieht primär die Kapitalmarktunion als Erfolgsfaktor, auch Krainer verweist auf die EU. Das kann in einer möglichen großen Koalition lustig werden, wenn die geballte Kompetenz beider Parteien aufeinandertrifft. Beim Thema KEST und beim vorgeschlagenen Vorsorgedepot sind sich wiederum die grüne Finanzsprecherin Nina Tomaselli und SPÖ-Pendant Krainer einig, dass kein Handlungsbedarf bestehe. Die Steuern auf Kapitalerträge seien niedriger als die Steuern auf Arbeit. Auch hier scheint ihre Meinung nicht durch Fakten getrübt. Die durchgerechnete Besteuerung von Aktien nach KöSt und KEST liegt in Österreich mit 44,18 Prozent laut usp.gv.at knapp unter dem Grenzsteuersatz für Einkommen zwischen 62.080 und 93.120 Euro. Angesichts der Tatsache, dass die KEST pauschaliert ist und (Kauf-) Spesen nicht abgezogen werden dürfen, liegt die Besteuerung sogar deutlich über der Durchschnittsbesteuerung von Erwerbseinkommen. Das gilt ganz besonders für Kleinanleger.

Am kapitalmarktfreundlichsten geben sich Neos-Finanzsprecherin Karin Doppelbauer und FPÖ-Finanzsprecher Hubert Fuchs. Doch was sagt das schon: Als Fuchs Finanzstaatssekretär war, ist davon nichts umgesetzt worden. Fazit: Ganz gleich, wie die nächste Regierung aussieht, es drohen weitere verlorene Jahre für Anleger, die Altersvorsorge und den Kapitalmarkt. ■